

21. Oktober 1945 – Gemeinsame Kundgebung von SPD und KPD

13

SPD

Wenige Tage nach der offiziellen Zulassung der Parteien durch die amerikanische Militärregierung waren mehrere Tausend Bremer Bürger bei strahlendem Herbstwetter dem Aufruf zu einer Versammlung vor der Terrasse des heutigen Parkhotels gefolgt. Die Menge stand in froher Erwartung dicht bei dicht und »mit dem Gefühl, wieder als Kämpfer und Genossen frei in der Öffentlichkeit zusammensein zu dürfen«, schieb der Weser-Kurier.

Wilhelm Kaisen, seit dem 1. August Bürgermeister und Präsident des Senats, trat als Erster an das mit einer roten Fahne geschmückte Rednerpult. Er schilderte die großen Aufgaben, die zu bewältigen seien, und bezeichnete die einig zusammenstehende Arbeiterschaft als Lichtblick in trostloser Zeit. »Die vaterlandslosen Gesellen von ehedem sind jetzt die Träger der Nation geworden«. Er schloss mit dem Appell an das antifaschistische Bürgertum, der Koalition beizutreten.

Hermann Wolters, Vertreter der KPD und Senator für Ernährung und Arbeitseinsatz, sah die Kundgebung als lebendige Demonstration zu gemeinsamer Arbeit. »Aus der Aktionseinheit des Wiederaufbaus muss eine einheitliche sozialistische Arbeiterpartei entstehen«. Die KPD bekenne sich »ehrlich« zur parlamentarischen Demokratie.

Emil Theil, sozialdemokratischer Senator für Bauwesen, appellierte an die Anwesenden, tatkräftig am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

Eine Resolution zur Unterstützung des Senats wurde einstimmig angenommen. Bereits in den letzten Kriegsmonaten hatten sich Vertreter der sozialistischen Parteien im Untergrund zur Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KGF) zusammengefunden, auch in der Hoffnung auf eine sozialistische Einheitspartei. Das hinderte insbesondere die Funktionäre von SPD und KPD aus der Weimarer Zeit nicht daran, zielstrebig am separaten organisatorischen Wiederaufbau ihrer Parteien zu arbeiten. Zwar kam es zu punktueller praktischer Zusammenarbeit, jedoch stießen die verstärkten kommunistischen Einheitsbemühungen auf zunehmende Ablehnung seitens der SPD, die – auch unter dem Einfluss Kurt Schumachers – das Bekenntnis der KPD zur Demokratie als Taktik wertete und deren Steuerung durch die Sowjetunion fürchtete.